Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 226 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Freitag, den 16. November 1923 | — Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl. — Anzeigenpreis pro mm 40 Mk. Anzeigen für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 60 Mk; Reklamen 100 Mk. — Schlüsselzahl z. Zt. 500 000 000. — Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung läßt energisch erklären, daß für sie jede Diskussion über die Errichtung eines autonomen Rheinstaates ausgeschlossen ist.

* Die Separatisten stellen im Rheinland andauernd sog. Notgeld her und suchen es in den Verkehr zu bringen.

* Wahrscheinlich wird die Zusammenberufung des Deutschen Reichstages Anfang nächster Woche erfolgen.

* In der Pariser Botschafterkonferenz wurde der französische Vorschlag angenommen, deutsche Vertreter in spätestens zehn Tagen zu hören.

* Der englische Premierminister kündigt die Auflösung des Parlaments für den 16. November und die Neuwahlen für den 6. Dezember an.

Höchste Gefahr am Rhein.

Von eingeweihter Seite wird uns geschrieben:

Über die Dinge in Bayern, über die Kanzlerkrise und alles mögliche andere scheinen wir eins beinahe vergessen zu haben, das ist die Entwicklung im Rheinland. Der Separatismus, von französischen und teilweise auch belgischen Bajonetten gestützt, hat sich überall Machtpositionen geschaffen, und langsam, aber ungehemmt dringt er weiter vor, wächst gleichzeitig mit ihm der Gedanke, aus dem Rheinland einen selbständigen Staat zu machen. Auf der anderen Seite scheint die rheinische Währung unmittelbar vor der Durchführung zu stehen. Selbstverständlich ist im Rhein- und Ruhrgebiet als dem ausgebreitetsten Wirtschaftszentrum Deutschlands ein wertbeständiges Zahlungsmittel besonders notwendig. Ob die Rentenmark in das besetzte Gebiet hineingelassen wird, ob sich nicht vielmehr die interalliierte Rheinlandkommission gegen sie ausspricht, ist aber endgültig noch nicht entschieden. Trotzdem will man deutscherseits die rheinische Währung schaffen oder hat sie schon geschaffen. Diese Währung ist zweifellos besser fundiert wie die Rentenmark, weil sie aufs engste verknüpft ist mit internationalem Kapital: neben 55 Millionen Goldmark deutschen Kapitals soll nämlich ein französischer Anteil in Höhe von 30 Millionen und ein englisch-belgischer Anteil in Höhe von 15 Millionen Goldmark das Grundkapital abgeben. Das hat zur Folge, daß im Aufsichtsrat mindestens zwei Franzosen und ein Engländer sitzen werden, hat aber vor allem die andere Folge, daß die rheinische Mark als die bessere eine starke Anziehungskraft auf die benachbarten Gebiete ausüben muß und dort die deutsche Rentenmark zu verdrängen in der Lage sein wird. Die Befürworter dieses Planes wollen sich und andere dadurch beruhigen, daß sie die Begründung dieser rheinischen Sonderwährung als einen Schachzug gegen das Vordringen des Franken bezeichnen. — Das wäre eine Begründung, die aber nur dann ihre Berechtigung hat, wenn die Rentenmark, überhaupt das ganze Gesetz über die Rentenbank im besetzten Gebiet endgültig durch die Franzosen für ungültig erklärt wird. Das ist aber, wie gesagt, noch nicht geschehen. Und ehe man zur rheinischen Währung als zu einer Notmaßnahme gegenüber dem Franken übergeht, muß unbedingteste Klarheit über die Stellungnahme der Rheinlandkommission geschaffen werden.

Denn sonst bedeutet eine solche Währung eine unfreiwillige Unterstützung der separatistischen Bestrebungen, ein Mitgehen mit der französischen Politik. Gerüchte wollen wissen, daß die Regierung nun die Konsequenzen aus der Ausschaltung der deutschen Souveränität im besetzten Gebiet dadurch ziehen wolle, daß im Laufe dieses Monats für Rhein und Ruhr die Arbeitslosenunterstützungen und die Sozialrenten gesperrt werden sollen. Begründet werde diese Maßnahme dadurch, daß das Reich im besetzten Gebiet keine Rechte mehr habe und nur die Lasten tragen solle. Das sozialdemokratische Zentralorgan, der Vorwärts, spricht sich in schärfster Form gegen diese Maßnahmen aus, ebenso gegen jene Politiker, die das Rhein- und Ruhrgebiet staatsrechtlich sozusagen räumen wollen, wie man im Kriege freiwillig Landesteile aufgebe, um sie später wieder zu erobern. Das sei eine unmögliche Politik.

Es wird in der ganzen Rheinlandfrage viel zu viel hinter den Kulissen gearbeitet; das fördert nur die Gerüchtbildung und schwächt damit unsere eigene Position gegenüber den Franzosen. Es ist zu begrüßen, daß die Reichsregierung sich sehr scharf gegen allerhand Gerüchte über eine angebliche Zustimmung des Reiches zu der Errichtung einer autonomen Rheinischen Republik wendet, zu begrüßen, daß auch der preußische Innenminister Severing sich ausländischen Pressevertretern gegenüber eingehend mit der separatistischen „Bewegung" befaßte, sie in Grund und Boden verurteilte und damit dem Ausland reinen Wein über die wirkliche Gesinnung des Rheinlandes einschenkte. Wir haben eine Volksabstimmung über Zugehörigkeit zu Preußen und zum Reich im Rheinland nicht zu fürchten.

Drum noch einmal: man habe Vertrauen zum deutschen Volke und halte alle Positionen, die wir haben, mit Klauen und Zähnen fest. Denn aus dem Kriege wissen wir noch, daß man eine Position, die man einmal aufgegeben hat, immer nur schwer und immer nur mit großen Verlusten wieder erobern kann, daß aber allzu oft die Wiedereroberung des Verlorenen nicht mehr möglich war.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Unrichtige Angaben zum Eisenbahnvertrag.

Die Meldungen aus Düsseldorf über die Verhandlungen zwischen der französisch-belgischen Eisenbahnregie und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums waren teils ungenau, teils falsch. Die Frage der deutschen Eisenbahnen in der englischen Zone ist bei den Verhandlungen mit keinem Wort erwähnt worden. Die angebliche Unterstellung der Reichsbahndirektion Köln unter die Eisenbahnregie ist erfunden. Es wurde lediglich ein Rahmenabkommen zwischen den deutschen und französischen Stellen getroffen, das durch weitere Verhandlungen in Mainz erst auszubilden ist.

Belgischer Protest gegen die Kronprinzeneinreise.

Einer über London aus Brüssel kommenden Meldung zufolge hat die belgische Regierung beschlossen, die Ausweisung des ehemaligen deutschen Kronprinzen aus Deutschland und seine Unterbringung in einem entfernten neutralen Lande zu fordern. Der frühere Kronprinz befindet sich auf seiner Besitzung in Oels in Schlesien.

Billigere Tarife in der ersten und zweiten Bahnklasse.

Am 1. Dezember werden die Einheitssätze für die zweite und erste Wagenklasse im Reichsbahnverkehr von 9,9 und 19,8 Pfennigen auf 6,6 und 13,2 Pfennige für das Kilometer herabgesetzt. In gleicher Weise werden auch die Schnellzugszuschläge in der zweiten und ersten Klasse ermäßigt. Das Spannungsverhältnis der einzelnen Klassen, das heute 1 : 1½ : 4,8 : 9,7 beträgt, wird damit 1 : 1½ : 3 : 6. — Vom 20. November dieses Jahres ab wird der Gepäcktarif der Reichsbahn dahin ermäßigt, daß er nach dem um 30 % erhöhten Eilguttarif berechnet wird. Als Mindestfracht werden 20 Pfennige erhoben. Das Mindestgewicht von 10 Kilogramm bleibt bestehen.

Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände.

Nach den soeben veröffentlichten 4. Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände wird der Gegenwert nur noch entrichtet, soweit die Ablieferung bis 15. November 1923 erfolgte. Über die Entrichtung des Gegenwertes für nach dem 15. November 1923 erfolgende Ablieferung wird eine besondere Bestimmung getroffen werden. Die Lieferung von Wertpapieren zur Erfüllung der Ablieferungspflicht auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände vom August 1923 ist nicht mehr zulässig.

Geltendmachung von Versorgungsansprüchen.

Jeder Versorgungsberechtigte, auch jeder Hinterbliebene, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienst verwendet wird und neben seinen Versorgungsgebührnissen ein weiteres steuerbares Einkommen bezieht, ist bei Verlust seiner Versorgungsbezüge verpflichtet, der Behörde oder der zahlenden Kasse bis Ende November d. J. die Höhe des Einkommens anzuzeigen. Der Reichsfinanzminister hat die Anzeigepflicht auf diejenigen beschränkt, deren steuerbares Einkommen nach Abzug der Versorgungsgebührnisse für einen Monat im Oktober 1923 den Betrag von 400 Milliarden Mark überschritten hat, ein Betrag, der sich nach dem Stande der ersten Novemberwoche auf 7 Billionen Mark monatlich erhöht.

Stillegung der preußischen Staatszechen.

Der preußische Handelsminister hat sich veranlaßt gesehen, die Stillegung sämtlicher Staatszechen zu verfügen. Auch diese Maßregel ist eine Folge davon, daß die Verhandlungen mit der Besatzung noch immer zu keinem Ergebnis geführt haben und das Reich auch dem preußischen Staatsfiskus gegenüber die Zahlung weiterer Unterstützungsgelder ablehnt. Die Staatszechen werden nur noch Notstandsarbeiten verrichten. Die gesamten Belegschaften der fiskalischen Schachtanlagen sind der Arbeitslosenfürsorge überwiesen worden.

Nordamerika.

× **Wilson klagt Poincaré an.** Der beinahe vergessene frühere Präsident der Vereinigten Staaten Wodrow Wilson hat dieser Tage eine aufsehenerregende Rede gehalten. Er schilderte darin die unheilvollen Folgen des Fernbleibens Amerikas von den europäischen Angelegenheiten, trat für ein erneutes Eingreifen in die Politik des alten Kontinents ein und sagte dabei u. a.: Die Lage in Europa verschlechtert sich von Tag zu Tag, und als wollten sie den Ereignissen, die sich abspielten, die Krone aufsetzen, sind Frankreich und Belgien dahin gekommen, den Versailler Vertrag als Fetzen Papier zu betrachten. Damit hat Wilson bekundet, daß er die Ruhrbesetzung als Verletzung des Versailler Vertrages betrachtet.

Aus In- und Ausland.

Berlin. An Stelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Mathias Höner tritt der Fabrikbesitzer Paul Jungblut aus Homburg v. d. Höhe in die Zentrumsfraktion des Reichstages ein.

Essen. Die französische Besetzungsbehörde hat in der Druckerei von W. Girardet in Essen 5000 Billionen und auf der Reichsbankstelle Düsseldorf 18000 Billionen Mark fortnehmen lassen.

Wien. Der neugewählte Gemeinderat hat den Gemeinderat Seitz, den früheren Präsidenten des Nationalrats, mit allen Stimmen der Sozialdemokraten zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt.

Innsbruck. Der Landtag beschloß einstimmig, 100 Millionen Kronen zur Linderung der Notlage in Deutschland zu spenden und eine Sammlung im ganzen Lande zu veranstalten.

London. Baldwin sagte im Unterhause, er habe dem König angeraten, das Parlament zum frühest möglichen Zeitpunkt aufzulösen.

London. Die Einigung innerhalb der liberalen Partei ist nunmehr Tatsache. Die Führer der beiden Flügelgruppen, Lloyd George und Asquith, treten zu näheren Besprechungen zusammen.

Um Dr. Stresemann.

Berlin, 14. November.

Die von dem Austritt der sozialdemokratischen Minister aus dem Reichskabinett datierende zweite Kanzlerschaft Dr. Stresemanns hat bisher die äußerst schweren ihr auferlegten Belastungsproben ausgehalten. Ob sie es auf die Dauer tun kann? Gerade in den letzten Tagen ist die Diskussion darüber wieder recht laut geworden. Heute bespricht der Vorwärts unter dem Titel „Stresemann und der Reichstag" in einem Leitartikel die schwebenden Fragen und fordert kurz und bündig: „Stresemann muß vor den Reichstag."

Das sozialdemokratische Zentralorgan ist der Meinung, die rechts von den Sozialdemokraten sitzenden Parteien, Deutschnationale, Volksparteiler, Zentrum, Demokraten, Bayerische Volkspartei und die kleineren Grüppchen wollten jede etwas anderes, sie seien nicht imstande, eine Regierung der Mitte zu stellen, die von der Sozialdemokratie toleriert werden könne.

Die Regierung Stresemann in ihrer jetzigen Zusammensetzung sei eine solche Regierung nicht. Sie wollte einmal eine Regierung der Großen Koalition sein. Jetzt sei sie überhaupt nicht mehr die Regierung einer parlamentarischen Koalition. Stresemann stehe heute vor der Frage, ob er noch eine Weile von den Deutschnationalen geduldet werde, oder ob er zurücktreten muß, weil er selbst eine notdürftig geflickte Mehrheit nicht finden könne.

Der Vorwärts warnt vor dem Ausweg einer Reichstagsauflösung. Die Sozialdemokratie habe sich niemals geweigert, den festen Kern für die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung abzugeben, sie habe sich nur geweigert, in einer rechtsgerichteten Regierung fünftes Rad am Wagen zu sein und eine Politik mitzuverantworten, die ihren Überzeugungen geradewegs entgegengesetzt ist. Jetzt sei die Endfrage nach der zukünftigen Regierungsmöglichkeit endgültig gestellt, der Fall Stresemann sei nur ein Zwischenfall.

Da Dr. Stresemann außer den Sozialdemokraten die Deutschnationalen und andere feindliche Kräfte im Reichstag gegen sich haben würde, dürfte er bei dem Versuch, sich zu behaupten, einen schwierigen Stand haben.

Unveränderter Ausnahmezustand in Bayern.

Beschluß des Ministerrats.

Die bayerische Regierung scheint nicht gesonnen zu sein, ihre Landesbefehlsgewalt durch die vollziehende Gewalt im Reiche beeinflussen zu lassen, denn vom bayerischen Ministerrat wurde folgender Beschluß gefaßt:

Der Putschversuch vom 9. November hätte, wenn es nicht gelungen wäre, ihn niederzuschlagen, Volk und Stadt, Reich und Bayern ins Unglück gestürzt. Die Staatsregierung beklagt die Opfer dieser Wahnsinnstat. Die Reichsregierung hat am 9. November die vollziehende Gewalt und alle militärische Gewalt auf General v. Seeckt vereinigt. Die besonderen Verhältnisse in Bayern erfordern, daß der bayerische Ausnahmezustand unverändert fortbesteht und die gesamte vollziehende Gewalt in einer Hand zusammengefaßt bleibt.

Die bayerische Staatsregierung forderte die gesamte Bevölkerung auf, in der Verwirrung dieser Tage das Staatswohl über alles zu stellen und die Staatsregierung mit dem Generalstaatskommissar in der Festigung der Staatsordnung und der Rettung des nationalen Gedankens zum besten des deutschen und bayerischen Vaterlandes zu unterstützen.

Beisetzung der Gefallenen.

Die Opfer des Zusammenstoßes der Hitlergardisten mit der Reichswehr vor der Residenz wurden auf verschiedenen Friedhöfen beerdigt. Eine gemeinsame Beerdigung hatten die Behörden nicht zugelassen. Es waren umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Der Stadtrat veranstaltete eine Teilnahmskundgebung für die Opfer des Zusammenstoßes, bei der Bürgermeister Schmid dem Mitgefühl des Stadtrates für die Familien der Gefallenen Ausdruck gab.

Der Dienstag verlief in München fast ohne Demonstrationen. Bei einem Zusammenstoß von Studenten mit der Reichswehr vor der Universität wurde u. a. der berühmte Chirurg Geheimrat Professor Sauerbruch durch einen Kolbenschlag am Hinterkopf verletzt. Er mußte sich ins Krankenhaus begeben. Die Infanterieschule Münchens wurde auf Weisung von Berlin geschlossen. Amtlich wird in München der Auffassung entgegengetreten, daß General Ludendorff am 9. November noch am Mittag nichts davon gewußt habe, daß Kahr, Lossow und Seißer mit Reichswehr und Landespolizei gegen den Hitlerputsch standen. General Ludendorff und Hitler hätten am 9. November vormittags 5 Uhr durch einen Obersten der Reichswehr Kenntnis erhalten, daß die Fortsetzung ihres Tuns zum Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht führen müsse. Der Fliegerhauptmann Göhring, der Führer der nationalistischen Sturmtrupps, ist bei dem Versuche, die Tiroler Grenze zu überschreiten, festgenommen und mit Rücksicht auf seine Verletzung in das Krankenhaus Garmisch gebracht worden.

Die verbreiteten Gerüchte, daß die Standgerichte bereits in Tätigkeit gesetzt und verschiedene Todesurteile gefällt worden seien und Hitler bereits zum Tode verurteilt und erschossen worden sei, sind erfunden. Bis jetzt sei überhaupt noch kein Standgericht zusammengetreten.

Verbilligung von Brot und Milch in Bayern durch das Reich.

33415 Billionen Mark wurden vom Reiche dem bayerischen Landwirtschaftsministerium zur Verbilligung von Brot und Milch für die minderbemittelte Bevölkerung und kinderreiche Familien zur Verfügung gestellt. Zwei Kuriere der bayerischen Gesandtschaft brachten heute diese Gelder in wertbeständiger Dollarschatzanleihe hierher. Die Verteilung an die Städte und Gemeinden wird sofort erfolgen.

Man will die Deutschen hören.

In spätestens zehn Tagen.

Die neueste Entwicklung in der unaufhörlich hin und her geworfenen Frage der Sachverständigenkonferenz über die deutsche Zahlungsfähigkeit zeigte sich in einer Sitzung der Reparationskommission in Paris. Dabei gab der Vorsitzende der französischen Delegation folgende Erklärung ab:

Die französische Delegation ersucht die Reparationskommission, so weit möglich, einen Tag festzusetzen, an dem die Deutschen über die in ihrer Note vom 24. Oktober gemachten Vorschläge gehört werden sollen, um die Durchführung des Artikels 234 des Versailler Vertrages zu sichern. Entsprechend den Bestimmungen ist die französische Delegation der Auffassung, daß es angemessen erscheine, nachdem die Deutschen gehört sein würden, ein Komitee von Sachverständigen einzuberufen, die den alliierten Ländern angehörten. Das Komitee würde den Auftrag erhalten, die deutsche Zahlungsfähigkeit im gegenwärtigen Augenblick abzuschätzen und der Reparationskommission die Elemente für die Entscheidung zu liefern, durch die sie die deutschen Zahlungen für die Jahre 1924, 1925 und 1926 festsetzen soll.

Man erfährt noch, daß diese Vernehmung in spätestens zehn Tagen erfolgen wird und ferner, daß die Vertreter des Reiches nicht nur Erklärungen über die Note vom 24. Oktober betreffend die Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit abzugeben haben, sondern sich auch über die Note vom 3. 11., in der die Reichsregierung sich zur Finanzierung der Naturalleistungen außerstande erklärt, zu äußern haben werden. Der englische Vertreter stimmte dem französischen Vorschlag auf Anhörung der Deutschen trotz einzelner lediglich technischer Bedenken zu, ebenso die anderen Kommissionsmitglieder.

Die Erhöhung der Verbrauchssteuern

Vom 16. November ab.

Die von der Reichsregierung am 27. Oktober erlassene Verordnung über Verbrauchssteuern bringt eine Erhöhung der Steuern für Zucker, Salz und Zündwaren sowie die Festsetzung der Spielkartensteuer in Gold. Die Verordnung tritt am 16. d. M. in Kraft. Nach dieser Verordnung wird die Zuckersteuer 35 % des Herstellerpreises für Verbrauchszucker ab Magdeburg betragen und vom Reichsminister der Finanzen in Gold festzusetzen sein. Bei dem gegenwärtigen Preise von 42 Goldmark für den Doppelzentner wäre sie auf 14,70 Mark in Gold festzusetzen. Die Salzsteuer wird 45 % des Großhandelspreises für gewöhnliches Speisesalz betragen und ebenfalls in Gold zahlbar sein. Sie wird bei einem Goldpreise von 1,64 Mark für den Doppelzentner auf etwa 0,74 Goldmark festzusetzen sein. Die Zündwarensteuer wird künftig 60 % des Steuerwertes betragen. Bei dem gegenwärtigen Preise von 165 Goldmark für eine Normalkiste ergibt sich danach eine Steuer von rund 1 Goldpfennig für die Schachtel. Die Spielkartensteuer ist in der Verordnung auf 30 Goldpfennig für das Spiel festgesetzt worden und entspricht somit dem Vorkriegssteuersatz.

Goldhöchstpreise für Lebensmittel.

Gegen übermäßige Gewinne.

Der Reichswirtschaftsminister Koeth äußerte sich in einer Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern über die Frage der Goldhöchstpreise für lebensnotwendige Bedarfsartikel. Er meinte, daß die Einführung derartiger Goldhöchstpreise in der kurzen Übergangszeit kaum möglich sei. Die Preisprüfungsstelle sei aber erneut darauf hingewiesen worden, ihre besondere Aufmerksamkeit auf die neueste Goldpreisentwicklung zu richten. Sobald größere Mengen von wertbeständigen Zahlungsmitteln in den Verkehr gebracht seien, was nach dem 15. November mit Einführung der Rentenmark der Fall sei, würden die Reichs- und Landesregierung in schärfster Weise gegen die Erzeuger und Händler vorgehen, die zu den ordnungsmäßig kalkulierten Goldpreisen noch besondere Risiko- und Gewinnzuschläge machten. Solche Geschäftsinhaber würden in Zukunft mit Gefängnis evtl. mit Zuchthaus, Beschlagnahme und Konzessionsentziehung bestraft werden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 16. November 1923.

Wirtschaftsbarometer am 14. November 1923.

Reichsbankdiskont	90 %
Silberankaufspreis	35 milliardenfach
Eisenbahnschlüsselzahl (Goldrechng.)	200 milliardenfach
Fernbrief (20 Gramm)	10 Milliarden
Ortsbrief (20 Gramm	5 Milliarden
Großhandelsindex (Stichtag 6. 11.)	129 Milliarden
Lebenshaltungsindex (Sticht. 5.11.)	98,5 Milliarden
Steuergoldmark (14. 11.)	200 Milliarden
Schlüsselzahl für Zeitungsanzeigen (ab 9. 11.)	250 Millionen
Umrechnungskurs für Inseratensteuer	25 Milliarden

□ **Wertbeständige Fernsprech- und Telegrammgebühren.** Vor einigen Tagen wurde postamtlich mitgeteilt, daß mit rückwirkender Kraft vom 1. November ab ein wertbeständiges Verfahren zur Einziehung der Fernsprechgebühren eingeführt worden ist. Jetzt wird bekannt, daß vom 15. November ab die Fernsprech- und Telegrammgebühren selbst wertbeständig gemacht werden. Die Gebühren sollen durch Vervielfachung der Grundbeträge mit dem am Tage der Zahlung geltenden Umrechnungssatz für Steuermarken errechnet werden. Die Grundbeträge sind folgendermaßen festgesetzt: Die Wortgebühr für ein Telegramm im Ortsverkehr beträgt 5 Pf., für ein Ferntelegramm 10 Pf. Für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder öffentlichen Fernsprechstelle aus beträgt der Grundbetrag 10 Pf. Ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer kostet bei einer Entfernung bis 5 Kilometer 10 Pf., von 5 bis 15 Kilometer 20 Pf., von 15 bis 25 Kilometer 30 Pf., von 25 bis 50 Kilometer 60 Pf., von 50 bis 100 Kilometer 90 Pf., darüber hinaus für jede angefangenen 100 Kilometer 30 Pf. mehr. Dringende Ferngespräche kosten das Dreifache, Blitzgespräche das Hundertfache der Fernsprechgebühren für ein gewöhnliches Ferngespräch.

□ **Der Gepäcktarif der Reichsbahn** wird dahin ermäßigt, daß er nach dem um 30 % erhöhten Eilguttarif berechnet wird. Als Mindestfracht werden 20 Pf. erhoben. Das Mindestgewicht von 10 Kilogramm bleibt bestehen.

□ **Postgebühren im Auslandsverkehr.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paket-, Zeitungs-, Telegramm- u. Fernsprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 14. Nov. an auf 200 Milliarden Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Auslande anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

—* **Um die Finanzbehörden für die Aufgaben, die ihnen aus der Umstellung des Steuersystems auf Goldmark erwachsen, frei zu machen, hat der Reichsminister der Finanzen am 24. Okt. 1923 eine Verordnung zur Entlastung der Finanzbehörden erlassen.** Durch diese Verordnung wird ein beträchtlicher Teil der Rechtsmittel die vor dem 14. Okt. 1923, dem Tage des Inkrafttretens der Aufwertungsverordnung, im Besteuerungsverfahren eingelegt worden sind, für erledigt erklärt. Ausgenommen hiervon sind Rechtsmittel gegen Veranlagungen zur Einkommensteuer und zur Körperschaftssteuer 1922, soweit diese Veranlagungen die Grundlage für erhöhte Vorauszahlungen im Jahre 1923 und für die Zahlung der Rhein-Ruhr-Abgabe bilden. Ausgenommen sind ferner die Beschwerden gegen solche Bescheide, durch die ein Finanzamt erhöhte Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer oder Körperschaftssteuer festgesetzt hat. Ausgenommen sind schließlich die Rechtsmittel im Sicherungsverfahren und im Verwaltungsstrafverfahren sowie die Rechtsmittel gegen Bescheide, durch die eine Finanzbehörde auf Grund des Steuernachsichtsgesetzes Vermögen für verfallen erklärt hat. Für alle übrigen Rechtsmittel werden folgende Unterscheidungen gemacht:

1. Beschwerden, Einsprüche, Berufungen und Anfechtungen sind erledigt, wenn der Streitgegenstand am 13. Oktober 1923 keinen höheren Wert als eine Milliarde Mark gehabt hat.

2. Bei Beschwerden, Einsprüchen, Berufungen und Anfechtungen, deren Streitgegenstand am 13. Okt. 1923 mehr als eine Milliarde, nicht aber mehr als drei Milliarden Mark wert gewesen ist, ist das Verfahren unterbrochen.

3. Das Verfahren über Rechtsbeschwerden vor dem Reichsfinanzhof ist unterbrochen, wenn der Wert des Streitgegenstandes am 13. Okt. 1923 den Betrag von drei Milliarden Mark nicht überstiegen hat.

In den Fällen, in denen das Verfahren unterbrochen ist (im vorstehenden die Nummern 2 und 3) kann der Steuerpflichtige durch eine Erklärung, die innerhalb eines Monats der Rechtsmittelbehörde gegenüber schriftlich abzugeben ist, das unterbrochene Verfahren wieder aufnehmen. Gibt der Steuerpflichtige diese schriftliche Erklärung ab, so nimmt das Rechtsmittelverfahren seinen Fortgang; gibt er die Erklärung nicht oder nicht rechtzeitig ab, so ist das Rechtsmittel erledigt. Unter den gleichen Voraussetzungen wie die Rechtsmittel der Steuerpflichtigen sind auch die von den Finanzämtern eingelegten Rechtsmittel erledigt. Kosten werden für erledigte Rechtsmittel nicht erhoben.

—* **Rentenbankkonten bei den Sparkassen.** Nach Erscheinen der Rentenmark wird von den deutschen Sparkassenverbänden die Einrichtung von Rentenmarkkonten durchgeführt werden. Es ist eine Verzinsung von 2 bis 3 v. H. vorgesehen. Der wertbeständige Sparverkehr soll sich jedoch nach wie vor auf die Goldsparkonten stützen.

—* **Was ist eine Kilowattstunde?** Für die Bezieher von elektrischem Licht dürfte es bei den gegenwärtigen hohen Stromp reisen von Wert sein, daß eine Kilowattstunde Lichtstrom verbraucht wird von einer Metalldrahtlampe von 50 Kerzen bei 18 Brennstunden. Eine 32kerzige Lampe braucht 28 Brennstunden, um eine Kilowattstunde zu verzehren, eine 25kerzige 35, eine 10kerzige 80 Stunden. Wenn also in einem Haushalt von abends 6—10 Uhr eine 25kerzige Lampe, die zum Lesen vollkommen genügt, gebraucht wird, so bedeutet das monatlich 120 Brennstunden, gleich rund 3,4 Kilowattstunden.

—* **Zugeinschränkungen ab 12. November.** Von den Zügen, die nach Hagen fuhren, sind seit Montag fortgefallen: Ab Barmen-Ritterhausen 4,07, an Hagen 4,45; ab Schwerte 627, 7,49, 8,42, 2,43 und 11,20 nachts, an Hagen 6,48, 8,12, 9,02, 3,04 und 11,40 nachts; ab Betzdorf 10,00, an Hagen 1,39; ab Siegen 12,16 und 9,30 nachts, an Hagen 1,29 und 12,47 nachts; ab Finnentrop 7,16 nachts, an Hagen 8,58 nachts; ab Brügge 11,35, an Hagen 12,33.

= **Halver,** 16. Nov. Die auf Mittwoch abend im Vereinslokal, Gasthof zur Post, anberaumte Hauptversammlung der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr war fast vollzählig besucht. Der Vorsitzende, Rud. Reitz, eröffnete dieselbe gegen 9 Uhr mit Worten der Begrüßung und erteilt alsdann dem ersten Brandmeister Aug. Brückmann das Wort zur Berichterstattung über den am Sonntag, den 16. Juni in Herscheid stattgefundenen Verbandstag, auf dem die hiesige Wehr recht zahlreich vertreten war, und zu dem auch der Landrat Dr. Thomee erschienen war. Der nächstjährige Verbandstag soll in Lüdenscheid stattfinden. In den Uebungsausschuß zur Beurteilung der alsdann stattfindenden Schauübungen wurde auch der Vorsitzende Rud. Reitz gewählt. Der seitherige Schriftführer Gust. Steinmeister, ist von hier verzogen. Für den Rest seiner Wahlperiode wurde Rob. Bürger, Berlinerstr. als Schriftführer gewählt. Nunmehr erfolgte ein Appell in sämtlichen Ausrüstungsgegenständen. Es konnte festgestellt werden, daß sich sämtliche Sachen in gutem Zustande befanden. Unter Punkt Verschiedenes wurde ein Dankschreiben des Hauptlehrers Schulte für die rasche und tatkräftige Hilfe bei dem ihm überkommenen Brandunglück verlesen. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß vor etwa 14 Tagen bei der Firma Heinr. Jung & Co. ein Haufen Kohlen in Brand geraten sei. Einige Mitglieder der Wehr hätten das Feuer alsbald gedämpft. Der Brandmeister Brückmann teilte hierauf mit, daß es bei der heutigen teuren Zeit nicht möglich sei ein Winterkränzchen zu feiern. Er ermahnte zu treuem Festhalten, damit die Wehr allezeit Hab und Gut ihrer Mitmenschen

„Flammen"

Roman von Hans Schulze.

3 (Nachdruck verboten.

„Meine kleine Schwester ist die geborene Langschläferin", sagte sie nach der ersten Begrüßung. „Und Fräulein Hansen hat sich von ihrem Herzanfall anscheinend noch nicht ganz erholt, darum müssen Sie die Damen heut schon entschuldigen. Es ist in Pahlowitz überhaupt nicht alles so, wie es sein sollte. Ich bin selbst erst vor 14 Tagen nach langer Abwesenheit wieder nach Hause gekommen, und da fehlt es in der Wirtschaft halt an allen Ecken und Enden. Ich muß Sie darum bitten, für die nächste Zeit noch mit Ihren beiden Zimmern hier oben im Schloß vorlieb zu nehmen. Ich lasse Ihnen inzwischen in unserem alten Kavalierhaus eine hübsche Wohnung einrichten mitten im Park, wo Sie sich hoffentlich recht wohl fühlen werden."

Alsleben verneigte sich dankend.

Die freundlich-sorgende Art der Baronin, die es sich nicht nehmen ließ, ihm selbst den Kaffee einzuschenken, umfing ihn wie ein warmer Hauch lang entbehrter Herzlichkeit.

Bald war eine lebhafte Unterhaltung im Gange.

Alsleben erfuhr, daß die junge Frau im letzten Herbst eine sehr ernste Lungenentzündung durchgemacht und fast den ganzen Winter an der Riviera zugebracht hatte; erst im Anfang des Monats April war sie über die oberitalienischen Seen wieder nach Deutschland zurückgekommen, hatte dann aber auf ärztlichen Rat in Wiesbaden noch einmal einen längeren Zwischenaufenthalt genommen.

„Es war eine schwere Zeit", sagte sie, „und doch verdanke ich ihr eines, die Bekanntschaft, ja, ich möchte sagen, die Freundschaft Fräulein Hansens. Sie hat mich in meiner Berliner Klinik geradezu hingebend gepflegt und auch auf unserer gemeinsamen Reise vortrefflich für mich gesorgt. Trotz ihrer Jugend besitzt sie eine hervorragende Energie und Tatkraft. Und dann ihre ganze wunderbare Erscheinung. Ich habe eine Schwäche für schöne Menschen und umgebe mich gern mit ihnen wie andere mit schönen Blumen. Ich freue mich jedesmal, wenn ich Hella ansehe."

Alsleben nickte zerstreut.

„Soweit ich mir nach unserer gestrigen flüchtigen Bekanntschaft ein Urteil erlauben kann, bin ich der gleichen Meinung. Auch mir ist noch nie ein so vollendet schönes Mädchen begegnet wie Fräulein Hansen."

Mit einem sinnenden Blick sah die Baronin in den Park hinaus, auf dessen tauigen Lichtungen die letzten sonnendurchleuchteten Nebelschwaden langsam in den blauen Sommerhimmel verschwebten, als dampften auf den weiten Rasenlichtungen weiße Opferfeuer.

„Ja, sie ist wunderschön", sagte sie dann nachdenklich. „Und doch nagt ein Wurm an dem geheimsten Mark dieses schönen Menschenkindes. Hella krankt seit langem schon an einem tückischen Herzleiden, das sie sich wohl durch die ständige Ueberanstrengung in ihrem aufreibenden Pflegerinnenberuf zugezogen hat. Darum fühle ich mich doppelt in ihrer Schuld. Denn sie steht ganz allein und ich habe ihr versprochen, daß sie in meinem Hause eine zweite Heimat finden soll."

Die Wirtschaftsmamsell trat in diesem Augenblick mit den Rechnungsbüchern an den Frühstückstisch und meldete, daß der Herr Amtmann Warlentin der Frau Baronin seine Aufwartung machen wolle.

Gleich darauf dröhnte ein schwerer Schritt auf dem Estrich des Speisesaals und die wuchtige Gestalt eines riesenhaften alten Herrn in knappanliegender grüner Jagdjoppe erschien in der Verandatür.

Eine imponierende, befehlsgewohnte Erscheinung mit einem scharfkantigen Bauernschädel auf mächtigen Schultern, das breite Gesicht glatt rasiert und dadurch voll malerischer Wirkungen mit einem Paar gutmütiger, blauer Augen, die wie ein verlorenes Stück Jugend aus den verwitterten Zügen leuchteten.

Er begrüßte die Baronin mit einer etwas schwerfälligen Ehrerbietung und stellte sich Alsleben dann als Führer für einen Rundgang durch sein neus Reich zur Verfügung.

Aus seiner ganzen sachlich-knappen Art, wie er in sicheren Umrissen das Arbeitsprogramm des Sommers skizzierte und eine kurze Uebersicht über die Erträgnisse des Gutes gab, sprach ein erfahrener praktischer Landwirt, dessen durchgreifende Energie und doch wieder ruhige Zurückhaltung ein ersprießliches Zusammenwirken erhoffen ließ. —

Die Wirtschaftsgebäude schlossen sich in einem mächtigen, unregelmäßigen Geviert, nur durch eine hohe Heckenmauer vom Park getrennt, an den linken Flügel des Schlosses an und erstreckten sich in ihren letzten Ausläufern bis zum Norduser des Pahlowitzer Sees hinab.

Auf dem riesigen, gepflasterten Hof standen in langen Reihen die Arbeitswagen und die blauröckige Schar der landwirtschaftlichen Maschinen, Düngerstreuer und Saatapparate, Gliedereggen und Furchenegel und ein mächtiger Fowlerscher Dampfpflug mit einem Doppelgespann von Lokomobilen an der Spitze.

„Das hat der verstorbene Herr Baron alles noch in den letzten Jahren angeschafft", sagte der Amtmann, auf das abenteuerliche Gestell einer Kroskillwalze weisend. „Ein sündhaftes Geld steckt darin und ich habe mich mit dem neumodischen Kram erst gar nicht abfinden können, bis es mir allmählich klar geworden ist, daß diese Dinger das beste Mittel gegen unsere Leutenot darstellen."

Alsleben nickte leuchtenden Auges zu.

Ein Gefühl fast andächtiger Erhebung war über ihn gekommen; es mußte eine Lust sein, diesem Betriebe vorzustehen, dem bis in die kleinste Einzelheit der Stempel intensivster Bewirtschaftung aufgeprägt war.

Zwar die Brennerei war für die Sommermonate stillgelegt, aber in der Molkerei wurde trotz des Sonntags der Tagesbedarf des Städtchens Wardenberg verarbeitet. Seihzuber klirrten, in langen Kolonnen standen die Butterfässer vor dem schmucken Neubau zum Trocknen aufgereiht, und die sauber gescheuerten Milchkümmer blitzten schneeweiß in der klaren Morgensonne. Weiter ging er durch endlose Speise- und Vorratskammern nach der Leuteküche, wo es in mächtigen Kupferkesseln brodelte wie ein siedendes Meer.

Vor den Pferdeställen, als ihrer eigensten Domäne, hatten die beiden Inspektoren mit einer Schar rotjackiger Stallburschen Aufstellung genommen und meldeten sich, militärisch die Hacken zusammenschlagend.

Alsleben hatte für jeden ein freundliches Wort der Begrüßung und musterte dann mit sachverständigem Kavalleristenblick die stattliche Reihe der Reit- und Wagenpferde.

Auch die Pferdeställe waren, wie die ganzen übrigen Wirtschaftsgebäude neu gebaut und mit den modernsten Lüftungs- und Futterstreueinrichtungen versehen; vor allem der Herrschaftsstall, ein stattlicher Backsteinpalast mit eisernen Balkenklammern und einem System gedeckter Abzugskanäle, zeigte einen fast übertriebenen Luxus.

Ein Kokosläufer lief an den Boxen entlang, über deren jeder ein Porzellanschild den Namen des edlen Tieres nannte und weichgepolsterte Korbsessel aus Pedigrohr luden zum Ruhen ein.

(Fortsetzung folgt.)

Verhaftung eines Separatisten durch Franzosen.

Kreuznach, 14. November. Der bisherige separatistische Ortskommandant Bickert ist von der französischen Besetzungsbehörde verhaftet worden, weil er in der Presse behauptete, die Franzosen hätten sich in seine „Regierungsgeschäfte" eingemischt.

Plünderungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. November. Im Anschluß an die Arbeitslosendemonstrationen kam es zu Plünderungsversuchen in der Lindemann- und Graf-Recke-Straße. Die anrückende Polizei wurde mit Steinwürfen empfangen, zwei Beamte wurden durch Steinwürfe, ein dritter durch einen Schuß verletzt. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch, ein Arbeitsloser wurde getötet. Auch im südlichen Stadtteil kam es zu Ansammlungen und Tumulten, an einigen Stellen auch zu Schießereien.

Gegen Separatisten und Putschisten.

Münster, 14. November. Auf einer hier stattgefundenen Sitzung des Westfälischen Provinziallandtages wurde eine Entschließung angenommen, die das Treiben der Separatisten verurteilt und dann fortfährt: „Wir verurteilen aufs schärfste die hochverräterischen Pläne der bayerischen Putschisten, deren Verwirklichung unrettbar den Bürgerkrieg heraufbeschwören, den Zerfall des Deutschen Reiches herbeiführen und das ganze deutsche Volk in namenloses Elend stürzen würde. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie mit aller Schärfe des Gesetzes gegen Hochverräter vorgeht. Hierbei muß auf alle Fälle der Anschein vermieden werden, daß einzelne Länder und Bevölkerungskreise mit ungleichem Maße gemessen werden." Für diese Entschließung stimmten alle Abgeordneten einschließlich der Deutschnationalen.

Arbeiter und Angestellte.

Paris. (Bevorstehender französischer Bergarbeiterstreik.) Der französische kommunistische Bergarbeiterverband teilt mit, er werde am 15. November den Streik wegen Lohndifferenzen beschließen.

Berlin. (Der Reichstarif der Buchdrucker gefährdet.) Den Hauptleitungen der beiden Gehilfenorganisationen der Buchdrucker ließ die Hauptleitung des Arbeitgeberverbandes ein Schreiben zugehen, in dem es heißt, daß der Arbeitgeberverband seinen Rücktritt vom Reichstarif für das Buchdruckgewerbe erklären werde, wenn nicht bis Donnerstag früh 8 Uhr in Berlin die Arbeit wieder aufgenommen sei.

London. (Rückgang der Arbeitslosigkeit.) In einer Statistik, die amtlich herausgegeben wird, zählte das englische Arbeitsamt am 5. November 1 244 000 Arbeitslose beiderlei Geschlechts, was einen Rückgang um 11 996 Personen gegenüber der Vorwoche darstellt.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Der Brotpreis wird weiter emporgeschraubt.** Wie der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, kostet vom 14. November ab das dunkle Brot 140, das helle 170 und die Schrippe 6 Milliarden Mark. Alle übrigen Gebäcksorten erhöhen sich entsprechend.

* In den Berliner Markthallen wurden am 14. November pro Pfund (in Milliarden Mark) verlangt: Braten 1300—1500, Kochfleisch 1100—1200, Gefrierfleisch (Rind) 800—1200, Braten (Schwein) 1900—2000, ger. Inlandsspeck 800—1000, Leberwurst 570—650, Blutwurst 900—1400, Kabeljau 350—450, Schellfisch 300—400, Salzfettheringe 250—300, Äpfel 120—300, Birnen 150—240, Kartoffeln 7,5, Butter 660, Margarine I 230, Margarine II 180.

* Ein Liter Milch 52 Milliarden. Der Preis für einen Liter Vollmilch beträgt für den 14. November in Berlin 52 Milliarden, für einen Liter Magermilch 18 Milliarden Mark.

Städtischer Viehhof Elberfeld. Bericht der amtlichen Notierungskommission vom 12 Nov. Auftrieb 436 Stück Großvieh, davon — Ochsen, 111 Bullen, 47 Färsen und Kühe, 255 Fresser, 23 Kälber 187 Schweine, 640 Schafe. Die Preise betrugen für Ochsen: in Milliarden Mark 230—250, Bullen 220–330, Färsen und Kühe 150–305, Fresser 200–250, Schweine 200–350, Kälber 300—450, Schafe 125–200.

Tendenz: Großvieh flau, es bleibt Ueberstand, mittleres Geschäft.

Börse und Handel.

Der Dollar 1260 Milliarden.

Keine Überraschung bildete an der Berliner Mittwochbörse die weitere Heraufsetzung der Devisenkurse, die den Dollar auf 1260 Milliarden Mark fixierte. Der am Vortage begonnene weitere Aufmarsch und Verringerung des Wertes der Papiermark stand schon vor Beginn der Börse fest. Die Effekten folgten dagegen nur zögernd, und es waren zum Schluß eher wieder Abbröckelungen dieser Kurse zu bemerken. Die ganze Börse verlief unlustig und unsicher.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** In Millionen Mk

Börsenplätze	14. 11. gesucht	14. 11. angeb.	13. 11. gesucht	13. 11. angeb.
Holland 1 Gulden	478 800	481 200	319 200	320 800
Dänemark 1 Kr.	215 460	216 540	143 640	144 360
Schweden 1 Kr.	331 170	332 830	221 445	224 555
Norwegen 1 Kr.	181 545	182 455	123 690	124 310
Finnland Mark	33 560	33 587	22 743	22 857
Amerika 1 Doll.	1 256 850	1 263 150	837 900	842 100
England 1 Pfd.	5 486 250	5 513 750	3 690 750	3 709 250
Schweiz 1 Fr.	219 450	220 280	147 630	148 370
Frankreich 1 Fr.	69 825	70 175	47 880	48 120
Belgien 1 Fr.	59 850	60 150	39 900	40 100
Italien 1 Lira	53 865	54 135	35 910	36 090
Tschechien 1 Kr.	35 910	36 019	24 339	24 461
Österr. 1000 Kr.	17 955	18 045	11 970	12 030
Ungarn 1000 Kr.	65 835	66 165	43 890	44 110

Deutsche Werte am 14. November.

Dollarschatzanweisungen	. .	(keine Notierung)	
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich	.	1260 Milliard.	Papierm.
Ein Goldpfennig	. . . . .	3 „	„
Fünf „	. . . . .	15 „	„
Zehn „	. . . . .	30 „	„
Eine Goldmark	. . . . .	300 „	„

Eine Goldmark, umgerechnet über den amtlichen Berliner Briefkurs für Auszahlung Newyork (1 Dollar 1 263 150 Millionen) gleich 300 750 Millionen.

* **Petroleumunternehmungen der Stinnesgruppe.** Die „Chicago Tribune" erklärt zu den Petroleumplänen der Stinnesgruppe: Nach glaubwürdigen Nachrichten aus der Wallstreet zu schließen, steht Stinnes Junior in Unterhandlungen mit der „Sinclair consolidatet Oil Corporation", und man erwartet, daß demnächst ein Vertrag abgeschlossen wird, durch den die amerikanische Gesellschaft sich bereit erklärt, Stinnes während einer Reihe von Jahren mit bedeutenden Mengen Petroleum zu versehen.

* **Kohlenpreise in Berlin.** Nach dem amtlichen Kurs vom 13. November stellen sich die Verkaufspreise für Koks und Briketts am 14. November wie folgt: Küchen- und Ofenbrandbriketts ab Lager 352 Milliarden, frei Keller 366; Gaskoks ab Lager 779, frei Keller 795.

Berlin, 15. Nov. An der heutigen Börse notierte der Dollar 2 520 000 000 000.

Schriftleitung: Wilh Bell jr., Halver i Westf.



Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,
Ist nicht tot, der ist nur fern.
Tot ist nur, der vergessen wird.

Am Dienstag vormittag 5½ Uhr entschlief sanft und gottergeben unsere liebe, unvergessliche Tochter, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Adeline Schriever

im Alter von 39 Jahren.

In tiefer Trauer:

Familie Wilh. Schriever.

Vornberg, Hagen, Buer i. W. und Resse, den 14. November 1923.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. November, nachm. 2½ Uhr, vom Elternhause aus statt.

Trauerbriefe

werden schnell und billig
∴ angefertigt in der ∴
Buchdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver.

Nach der Feststellung des beamteten Tierarztes ist unter dem Rindbestande des Landwirts **Ernst Glörfeld in Büchen** die **Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.** Ueber das genannte Gehöft ist die Sperre verhängt

Halver, 14 Nov. 1923. **Der Amtmann.**

Bekanntmachung.

Die augenblickliche Ueberlastung der Finanzkasse macht eine **Einschränkung der Kassenstunden** erforderlich. Bis zum 26 November werden die Zahltage wie folgt festgesetzt:

Dienstags und Donnerstags
vormittags von 8—12 Uhr

Außerhalb dieser Stunden werden nur ganz dringende **Sachen** (Stempelzeichenverkauf, Entrichtung der Stempelsteuer) abgefertigt.

Lüdenscheid, den 12 November 1923.

Finanzamt,
Dr. Plew. Regierungsrat

Die ständige Geldentwertung zwingt die Zeitungsverlage, darauf zu sehen, dass die

Anzeigen

möglichst bar, mindestens aber in allerkürzester Frist nach Rechnungsstellung bezahlt werden.

Es geht unter den heutigen Verhältnissen nicht, dass z. B. Anzeigen von Vereinen oder Behörden usw. erst nach Monatsfrist in Rechnung gestellt und nach einer weiteren Frist erst bezahlt werden. Mit dem Gelde ist dann nichts mehr anzufangen.

Wir müssen deshalb bitten, alle Anzeigen möglichst gleich bei Aufgabe zu bezahlen oder doch die ausgestellte Rechnung

umgehend zu begleichen,

spätestens innerhalb 3 Tagen.

Bei Verzug müssen wir uns vorbehalten, die Geldentwertung entsprechend zu berücksichtigen und ausserdem Verzugszinsen wie im Bankgewerbe zu berechnen.

Der Verlag.

Westf. Glasniederlage Hagen i. W.

Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44

Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.
Billigste Bezugsquelle für Wirte - Vereine.
Spezialität: **Wirtschaftsartikel.** 1444

Die hervorragendsten Instrumente und Künstlerplatten

‚Grammophon'

unübertroffene Weltmarke

Spezialvertreter:

Roth & Junius,

Hagen i. W., Bahnhofstraße 29.



Für Kinder

ist die beste Seife

Steckenpferd Buttermilch-Seife

Zu haben bei: [2163]

Drog. C. Menke. Frankfurterstr., H. Köster, Galanteriew., **Halver.**

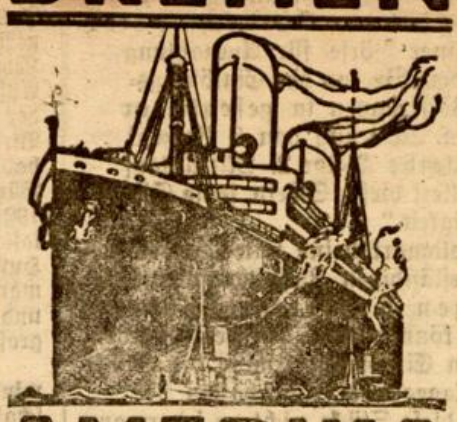
2—3 Drehbänke und Bohrmaschinen, Amboß,

neu oder gebraucht, oder evtl.

kompl. Schmiede- u. Schlosserei-Einrichtung zu kaufen gesucht.

Angeb. unt **B. 1500** an die Geschäftsstelle des Allgem. Anzeiger Halver

BREMEN



AMERIKA

OSTASIEN-AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
+ BREMEN +
und seine Vertretungen
In Lüdenscheid: Ferdinand Bochmann, Spedition,
in Essen: norddeutscher Lloyd, Gen.-Agent. Handelshof.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Kortemann & Co. **Holzhandlung Hagen i. W.**
Fernruf 1897 und 3965

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weitester Kreise kommen sollen,
finden durch
den
Allgemeinen Anzeiger
und
Schalksmühler General-Anzeiger
die denkbar beste Verbreitung.

Die Renten für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner können vom 17—24 d. Mts. abgeholt werden.

Amt Halver.

Wir suchen für sofort eine mit allen Büroarbeiten vertraute

Dame,

die in Stenographie und Schreibmaschine perfekt ist. Dieselbe muß auch die Buchführung übernehmen können.

Gebr. Haase,
Halver,
Telefon 151.

Auf dem Wege **Kronprinzenstr.-Berlinerstr.** über d **Hohenzollernpark** ein

Sealpelz

verloren.

Abzugeben gegen hohe Belohnung in der Geschäftsst. d Allgem Anz. Halver

Seifen- u. Schuhcrem-Fabrikation im Hause

richten wir ein.
Dauernde und sichere Existenz, besondere Räume nicht nötig.
Ausk. kostenl. Rückp. erw.
Chemische Fabrik Heinrich & Münchner, Zeitz-Aylsdorf.



Gut genährte

Schlachtpferde

werden zu konkurrenzlosen Preisen angekauft Bei Unglücksfällen Transportwagen zur Verfügung. Auch Nachts telefonisch zu erreichen

Roßschlächterei
Albert Pitten,
Hagen i. W.
Wilhelmstr 2. Tel 176